

(A)

(C)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 4 a bis 4 d auf:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Anette Hübinger, Dr. Wolf Bauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Sascha Raabe, Gabriele Groneberg, Dr. Bärbel Kofler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

(B)

Die deutsche G8- und EU-Präsidentschaft – neue Impulse für die Entwicklungspolitik (D)

– Drucksache 16/4160 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (f)

Auswärtiger Ausschuss

Rechtsausschuss

Finanzausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Verteidigungsausschuss

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Ausschuss für Kultur und Medien

Haushaltsausschuss

- b) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Zwölfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung

– Drucksache 15/5815 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (f)

Auswärtiger Ausschuss

Sportausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Ausschuss für Bildung, Forschung und

I

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner

- (A) Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss für Kultur und Medien
Haushaltsausschuss
- c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Hellmut Königshaus, Dr. Karl Addicks, Harald Leibrecht, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Die Entwicklungszusammenarbeit mit Schwellenländern auf eine neue Grundlage stellen

– Drucksache 16/3839 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (f)
Auswärtiger Ausschuss
Rechtsausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Ausschuss für Kultur und Medien
Haushaltsausschuss

- d) Beratung des Antrags der Abgeordneten Thilo Hoppe, Ute Koczy, Jürgen Trittin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

Reformen für eine gerechte Globalisierung – Deutsche G8-Präsidentschaft für Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung nutzen

- (B) – Drucksache 16/4151 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (f)
Auswärtiger Ausschuss
Rechtsausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Ausschuss für Kultur und Medien
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Bundesministerin Heidmarie Wieczorek-Zeul.

Heidmarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die beiden Präsidentschaften, die EU-Präsidentschaft und die G-8-Präsidentschaft, sind für Deutschland und diese Bundesregierung eine einmalige und außergewöhnliche Chance, unsere globale Verantwortung deutlich zu dokumentieren und Schlussfolgerungen auch für die praktische internationale Arbeit zu ziehen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das tut ihr ja nicht!) (C)

Dabei geht es vor allen Dingen auch darum, dass nachhaltige Entwicklung, sozialer Ausgleich, Bewahrung der Umwelt, partnerschaftliche Verantwortung und die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele verwirklicht werden.

Insgesamt ist für beide Präsidentschaften Afrika das verbindende – ich möchte sagen – Topthema dieser Präsidentschaften. Ich möchte an der Stelle dem Bundespräsidenten sehr herzlich danken, dass er **Afrika** mit seiner „Partnerschaft für Afrika“ immer wieder auch auf die Agenda Deutschlands setzt und damit die Verbundenheit mit unserem Nachbarkontinent deutlich macht. Ich danke ihm sehr für dieses Engagement.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Bei seiner letzten Reise stand das Thema der Zusammenarbeit der jungen Generation auf beiden Kontinenten im Mittelpunkt. Zur Erinnerung: Fast die Hälfte aller Menschen in Afrika ist unter 18 Jahre alt. Wir sollten und wollen dazu beitragen, dass diesen Jugendlichen Stimme und Zukunft gegeben wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte zum Zweiten daran erinnern – auch den Kollegen Tauss – –

(Jörg Tauss [SPD]: Ich begrüße Sie, Frau Ministerin!)

– Ja, guten Morgen! Nehmen Sie schon einmal Platz. (D)

(Heiterkeit und Beifall)

Das geht jetzt aber nicht von meiner Zeit ab, sondern von seiner!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Konflikte, Hunger und Aids sind nur eine Seite der Medaille. Afrika ist auch ein Kontinent von positiven Botschaften. Afrika entwickelt höhere Wachstumsraten und demokratischere Strukturen. Ich will an dieser Stelle ausdrücklich ein Lob sagen: Ich finde es hervorragend, dass die Afrikanische Union zum zweiten Mal dem sudanesischen Präsidenten Bashir die AU-Präsidentschaft verweigert hat und stattdessen den ghanaischen Präsidenten Kufuor zum Präsidenten gewählt hat.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Glückwunsch, das ist eine weise Entscheidung.

Ein Afrikaziel unserer Doppelpräsidentschaft ist ein **Pakt für nachhaltiges Wirtschaftswachstum**, verbunden mit nachhaltigen Investitionen. Wir wollen zum Beispiel mit der Weltbank dafür sorgen, dass es einen regionalen Mikrofinanzfonds gibt, der den armen Bevölkerungsgruppen in Afrika den Zugang zu Krediten und damit zu neuen Lebenschancen ermöglicht. Wir wollen die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die die Europäische Union mit den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten abschließt, entwicklungsförderlich gestalten. Es geht nicht an, dass die 50 ärmsten Länder

Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul

- (A) nur über ein halbes Prozent des Welthandels verfügen. Das muss geändert werden; diese Länder müssen ihren gerechten Anteil am Handel erhalten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir unterstützen **gute Regierungsführung** und weisen darauf, dass es einen Überprüfungsmechanismus innerhalb der afrikanischen Länder gibt, den wir besonders unter dem Gesichtspunkt der Bekämpfung von Korruption unterstützen.

Nicht zuletzt wollen wir gerade während unserer G-8- und EU-Ratspräsidentschaft dazu beitragen, **HIV/Aids** zu bekämpfen. Es ist ein Skandal, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass mittlerweile im südlichen Afrika 70 Prozent aller Infizierten Frauen sind. Wir wollen, dass ein Schwerpunkt bei der Bekämpfung von HIV/Aids bei den Frauen gesetzt wird und dass Frauen und Kinder gerettet werden. Das ist wichtig und das wollen wir zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit machen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte im Übrigen darauf hinweisen, dass es nachher, zwei Tagesordnungspunkte weiter, noch eine Debatte zur Genitalverstümmelung von Frauen gibt. Ich will an dieser Stelle sagen: Unser Ministerium ist engagiert im Kampf gegen diese widerwärtige Menschenrechtsverletzung an Frauen. Wir unterstützen die afrikanischen Staaten und vor allen Dingen die Nichtregierungsorganisationen im Kampf dagegen. Es ist zum Beispiel in Benin gelungen, das Abschwören von der Genitalverstümmelung durch alle Gesellschaftsgruppen zu erreichen. Das ist ein riesengroßer Fortschritt, den wir auch in anderen Ländern erreichen wollen.

(B)

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen unsere Entwicklungspolitik an den folgenden Kriterien orientieren: Die Effektivität muss gesteigert werden. Wir wollen eine bessere Arbeitsteilung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten. Dazu werden wir ganz konkrete Vorschläge vorlegen und hoffentlich auch im Rat der Entwicklungsminister beschließen lassen. Selbstverständlich wollen wir auch den Stufenplan zur Steigerung der Finanzmittel für die Entwicklungszusammenarbeit umsetzen. Ich will darauf hinweisen, dass beim Gipfel in Gleneagles alle Staats- und Regierungschefs zugesagt haben, dass bis zum Jahr 2010 die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit für Afrika verdoppelt werden sollen. Auch dem sind wir verpflichtet, und das hat entsprechende Konsequenzen, die wir mittragen müssen und auch wollen.

Klima und Energie. Wir wissen – nicht erst seit dem Bericht von Nicholas Stern –, dass der Klimawandel besonders zulasten der ärmsten Entwicklungsländer und der Länder in Afrika geht, die für die entsprechenden Belastungen durch den CO₂-Ausstoß in keiner Weise verantwortlich sind. Eines unserer zentralen Ziele ist, eine nachhaltige Energieversorgung, Energieeffizienz sowie den sofortigen und konsequenten Ausbau erneuer-

- barer Energien – eine der zentralen Aufgaben gerade mit Blick auf die afrikanischen Länder – voranzubringen. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Gleichzeitig wollen wir den Entwicklungsländern helfen, mit dem Klimawandel fertig zu werden und ihre Wälder zu erhalten. Unser Planet Erde hat keine Zukunft ohne den Schutz unserer Lebensgrundlagen und ohne den Schutz der Biodiversität. Das muss jedem klar sein, auch uns selbst!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Wir wollen strategische Partnerschaften aufbauen; wir tun dies schon jetzt. In diesem Kontext steht die Kooperation mit China. Wir können den Klimawandel nur gemeinsam mit China eindämmen. Wenn wir erneuerbare Energien in China fördern, dann sind das – auch im Hinblick auf unsere eigene Zukunft – gut angelegte Investitionen. Das muss immer wieder klargemacht werden.

Unabhängig davon gibt es aus afrikanischen Ländern – dankenswerterweise – immer mehr Kritik am Vorgehen Chinas in Afrika. Die Zerstörung lokaler Industrie- und Arbeitsmärkte wird zu Recht beklagt. Diese Kritik unterstützen wir, und wir üben sie auch im Gespräch mit der chinesischen Seite. Sie ist bitter notwendig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

- Wir brauchen den **Dialog mit der Zivilgesellschaft**. Deshalb bitte ich alle Anhänger der Zivilgesellschaft in unserem Land, für die Heiligendamm ein Merkposten ist, diese Ziele gemeinsam zu unterstützen. Sie wissen: Auf dem Gipfel von Köln 1999 wurde die Entschuldung der ärmsten Länder beschlossen. In Gleneagles gab es einen weiteren Erlass der Schulden der ärmsten Länder. Heiligendamm muss die Versprechen erfüllen und einen Nachhaltigkeitspakt mit unserem Nachbarkontinent Afrika schließen. (D)

Ich komme zum Schluss. Amartya Sen hat zum Thema „Auswirkungen der Globalisierung“ gesagt:

Wer der Globalisierung ihren Stachel nehmen will, muss dafür sorgen, dass ihr gewaltiger Nutzen gerechter verteilt wird – nicht in dieser unausgewogenen und ungleichen Weise wie jetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist auch unsere Zukunftsfrage. Wir wollen ihre Beantwortung während unserer Präsidentschaften entschlossen angehen und einen praktischen Beitrag zur Lösung der damit verbundenen Probleme leisten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Hellmut Königshaus, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

(A) **Hellmut Königshaus** (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das ist wirklich ein Jammer: Endlich einmal eine Kernzeitdebatte zur Entwicklungspolitik, endlich einmal die Gelegenheit, auch die Kollegen aus anderen Bereichen mit diesem wichtigen Thema zu befassen, und nun das. Die Bundesregierung legt uns hier einen Bericht vor, der wirklich reichlich angestaubt ist: Er stammt aus dem Mai 2005. Ich wiederhole: Mai 2005. Man sieht daran, welche dynamische Entwicklung die Entwicklungspolitik unter der Kanzlerin Merkel offenbar genommen hat. Frau Ministerin, herzlichen Glückwunsch! Sie haben es geschafft, die rot-grüne Politik in diesem Bereich völlig ungestört fortzusetzen. Auch das muss man erst einmal schaffen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist jetzt eine Gemeinheit, Herr Kollege! – Dr. Sascha Raabe [SPD]: Nehmen Sie einmal zu unserem Antrag Stellung!)

Außerdem liegen Anträge der Koalition und der Grünen vor. Beide wurden ganz offenkundig aus dem Fundus zusammengeklaut. Was darin steht, das sind wirklich lauter olle Kamellen. Das ist wirklich schade. Gut, dass wenigstens unser Antrag tagesaktuell ist: Er befasst sich wirklich mit dem von Ihnen angesprochenen Thema der **Schwellenländerpolitik**.

(Beifall bei der FDP)

(B) Die Schwellenländer, insbesondere Indien und China, haben sich doch wirtschaftlich weiß Gott rasant entwickelt. Sie sind inzwischen längst zu echten Wettbewerbern für die europäische und insbesondere für die deutsche Wirtschaft geworden. Mit ihrer enormen Wirtschaftskraft haben sie teilweise mehr Einfluss auf die Entwicklung in der Welt als mancher G-8-Staat. Dennoch behandeln wir diese Länder nach wie vor so, als habe sich dort in der Vergangenheit nichts getan.

(Jörg Tauss [SPD]: Sollen wir die Demokratisierungsprojekte in China etwa nicht mehr fördern?)

Deshalb – dies stellen wir in unserem Antrag sehr ausführlich dar –, Kollege Tauss, müssen wir unsere Politik gegenüber den Schwellenländern auf eine neue Grundlage stellen.

(Jörg Tauss [SPD]: Was sollen wir in China nicht mehr machen? Sagen Sie doch dazu einmal etwas!)

Angesichts der in manchen dieser Länder angehäuften **Devisenreserven** wirken unsere Zahlungen trotz ihrer wirklich beträchtlichen Größenordnung geradezu grotesk. Die Devisenreserven Chinas beispielsweise sind – natürlich nur dem Betrag nach – größer als der Schuldenberg des Herrn Steinbrück; das will weiß Gott etwas heißen.

(Jörg Tauss [SPD]: Sagen Sie: Welches Programm sollen wir streichen?)

(C) Es ist aber nicht etwa so, dass der chinesische Finanzminister dem Herrn Steinbrück hilft. Nein, es ist genau umgekehrt: Herr Steinbrück macht zulasten unserer Kinder und folgender Generationen Schulden, um Geld nach China zu schaufeln. Für wie blöd müssen uns die Chinesen eigentlich halten, wenn wir sagen, dass wir eine solche Politik in die Zukunft perpetuieren wollen?

(Beifall bei der FDP – Iris Gleicke [SPD]: Das ist mal wieder typisch FDP! Wirklich vom Feinsten!)

Die Inder, Brasilianer und Südafrikaner sagen sich: Solange ihr uns Geld gebt, nehmen wir es dankend an; nötig ist es allerdings nicht. – Gewiss, auch in diesen Ländern gibt es Armut; das ist ganz klar. Aber sie benötigen nicht in erster Linie Geld; das haben sie. Was sie brauchen, ist technische Hilfe. Dafür können sie bezahlen. Dazu sind sie auch bereit. Dieses Geld sollten wir auch annehmen.

(Beifall bei der FDP – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir jetzt schon fünfzigmal gehört, Herr Königshaus! Aber das, was Sie sagen, wird durch ständige Wiederholung wirklich nicht besser!)

(D) China beispielsweise ist inzwischen zu einem der wichtigsten Geber in Afrika geworden. Aber China geht anders vor als wir, die wir ethische Ziele verfolgen. Nein, die Chinesen pumpen Geld nach Afrika und treten dort generös in Spenderhosen auf. Gleichzeitig schicken wir Geld nach China. China gewinnt in Afrika an Einfluss und sichert seine Rohstoffbasis, während wir dort in zunehmendem Maße beides verlieren, weil wir unser ohnehin nur gepumptes Geld nach China schicken, anstatt dort unsere Interessen zu vertreten.

(Jörg Tauss [SPD]: Na, Herr Königshaus! Das wird ja langsam unmöglich! – Abg. Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Ich habe die Ministerin so verstanden, als müssten wir mit unserer Entwicklungszusammenarbeit in China unser **Klima** verteidigen. – Dort meldet sich jemand zu einer Zwischenfrage, Frau Präsidentin. – Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Wenn wir der chinesischen Politik in Afrika, dem Raubbau, den China dort betreibt, und der Rücksichtslosigkeit, mit der das Land vorgeht, in den Arm fallen, tun wir mehr für das Weltklima als mit jedem Windpark, den wir in China aufbauen.

(Jörg Tauss [SPD], zur Abg. Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] gewandt: Frau Kollegin, nicht die Redezeit verlängern, bitte!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Koczy?

Hellmut Königshaus (FDP):

Aber selbstverständlich, insbesondere von der Kollegin Koczy.

(A) **Ute Koczy** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege, vor Kurzem fand eine Veranstaltung der GKKE, der katholischen und der evangelischen Kirche, zum Thema **Armutsbekämpfung** statt. Beide Kirchen haben dazu aufgefordert, den Blick darauf zu richten, dass in den vier Schwellenländern bzw. sogenannten Ankerländern China, Indien, Brasilien und Südafrika die Hälfte aller Armen weltweit lebt. Wie stehen Sie zu der Aufforderung der Kirchen, dass die Armutsbekämpfung in Ländern wie Indien und China auch in Zukunft von deutscher Seite zu unterstützen ist?

Hellmut Königshaus (FDP):

Ich habe überhaupt nichts dagegen, dass wir hierzu einen Beitrag leisten.

(Jörg Tauss [SPD]: Ach! Aha!)

Aber natürlich muss auch eine angemessene Eigenbeteiligung stattfinden. Es ist doch einzusehen, dass die chinesische Staatswirtschaft die halbe amerikanische Wirtschaft aufkauft und wir in irgendwelchen staubigen Regionen Chinas Armutsbekämpfung betreiben. Das muss nicht sein.

(Jörg Tauss [SPD]: Das ist doch Stammtisch, Mensch!)

– Weil ich diesen Zuruf gehört habe, sage ich: Das hat nichts mit Stammtisch zu tun.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Brüderle!)

(B) – Nein, das ist auch nicht Brüderle. Brüderle befasst sich mit diesem Thema nicht mehr.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der SPD: Das ist ja interessant! – Das merkt man!)

Dieses Thema haben wir in unserer Diskussion längst geklärt. Für jedermann ist klar, dass wir uns nicht Geld pumpen können, um Ländern wie China das Schuldenmachen zu ersparen und ihre eigenen Probleme zu lösen. Aber wir dürfen die wirklich Bedürftigen, die sich nicht selbst helfen können, nicht zugunsten einer solchen Politik vernachlässigen. Das wäre nicht fair.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb wollen wir diese Politik nicht fortsetzen. In unserem Antrag fordern wir genau das, was auch die meisten Kollegen von der Union, wie ich weiß, unterstützen – offenbar ist der Kollege Kampeter der Einzige, der das offen aussprechen darf –: Schluss mit diesem Unfug!

Wer hindert Sie eigentlich daran, hier eine Kurskorrektur vorzunehmen, die weiterhin nötige Hilfe an eine Eigenbeteiligung zu binden und unsere Aufmerksamkeit tatsächlich den wirklich Bedürftigen zuzuwenden? Stimmen Sie unserem Antrag zu, verwerfen Sie Ihre beiden Patchwork-Anträge und werfen Sie den Bericht der Bundesregierung dorthin, wo er hingehört: ins Archiv des Vergessens!

(Beifall bei der FDP – Jörg Tauss [SPD]: Na, na, Vorsicht!)

(C)

Wahrscheinlich wird die Bundesregierung in der Lage sein, irgendwann einen neuen Bericht abzugeben, in dem über das, was die Ministerin uns eben hier mitgeteilt hat, Auskunft gegeben wird. Vielleicht können wir dann über die Schlagworte hinaus, die sie hier aufgezählt hat, auch etwas Substanzielles hören.

Was wollen Sie aus diesem Bericht aus dem Jahr 2005 hier denn noch erörtern? Das sind zwei Jahre alte olle Kamellen, die natürlich rot-grün durchwirkt sind. Sie stammen ja aus dieser Zeit. Der Neuigkeitswert besteht allenfalls darin, dass die Große Koalition unter Beteiligung und Führung der Union diese rot-grüne Politik jetzt offenbar als ihre eigene zu verkaufen gedenkt. Das kann doch wohl auch aus Ihrer Sicht nicht richtig sein.

(Beifall bei der FDP)

Um diesen Bericht angemessen zu würdigen, genügt es eigentlich, den damaligen Oppositionsabgeordneten Dr. Ruck zu zitieren. Er hat beispielsweise am 8. Mai 2003 hier zu dieser Politik ausgerufen: Sie, Frau Ministerin, hüpfen von einem Elend oder Krisenherd zum anderen, nach dem Motto: Ziel ist, was Publicity schafft. Dem ist gerade in Bezug auf diesen Bericht überhaupt nichts hinzuzufügen.

Nun aber zu dem **Antrag der Koalition**. Wie peinlich! Im Rubrum als Erster gleich wieder der Kollege Dr. Ruck, der heute Koalitionsabgeordneter ist. Auch dort ist inhaltlich alles wieder wie unter Rot-Grün gehabt. Dieser Bericht ist aktueller, als man auf den ersten Blick glaubt, wenn man Ihren Bericht liest. Die Textbausteine wurden in den letzten Tagen allerdings ganz offenbar wieder überstürzt auf dem Wühltisch mit den vorhandenen Papieren zusammengestoppelt. Folgerichtig gehen Sie mit Ihrem Antrag auch an den drängenden aktuellen Herausforderungen vorbei.

(D)

Während beispielsweise die Kanzlerin, die jetzt nicht da ist, die Bedeutung der **zivilen Komponente** in Afghanistan immer wieder betont und während hier in Berlin das internationale Koordinierungskomitee zum Wiederaufbau Afghanistans tagt, bekommen Sie es fertig, einen Antrag zur Entwicklungspolitik vorzulegen, in dem das Wort Afghanistan nicht einmal in einer Fußnote auftaucht. Das sollen neue Impulse für die Entwicklungspolitik sein? Schauen Sie einmal nach! Fehlanzeige! Keine Impulse! Nirgendwo!

(Beifall bei der FDP)

Man hat den Eindruck, dass Sie vielleicht zu lange auf Impulse der Bundesregierung gewartet haben. Aber da kam natürlich nichts. Deshalb haben Sie offenbar gestern noch schnell etwas zusammentragen lassen und nennen es nun Antrag. Nebenbei bemerkt: Eingang gestern Nachmittag. Der erste Monat der Präsidentschaft war da schon vorbei. Guten Morgen, meine Damen und Herren!

Bei den **Grünen** war es ähnlich. Sie legten allerdings immerhin schon gestern Vormittag Ihren **Antrag** vor:

Hellmut Königshaus

- (A) eine gedrängte Zehnjahresliste aller Ihrer Anträge, die Sie immer schon gestellt haben.

(Jörg Tauss [SPD]: Besser etwas Neues als alte Textbausteine von Ihnen!)

Die Absicht, die Sie haben und hatten, war aber schlicht und einfach, das Thema nicht allein der FDP zu überlassen.

(Jörg Tauss [SPD]: Das kann man ja gar nicht!)

Deshalb haben Sie solche Papiere zusammengestellt.

So, wie Sie das hier betrieben haben, so lieblos, so zusammengestoppelt, so zusammenhanglos, kann man weiß Gott nicht für Entwicklungspolitik werben. Nutzen Sie die Chancen, die Sie jetzt haben, und kommen Sie mit Inhalten rüber! Dann können wir in Zukunft in der Entwicklungspolitik auch gemeinsam etwas bewirken.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP – Jörg Tauss [SPD]: Königshaus, Sie waren wirklich schon besser!
– Dr. Sascha Raabe [SPD]: Außer „China“ haben Sie doch kein Wort gesagt!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Dr. Christian Ruck, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(B)

Dr. Christian Ruck (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Königshaus, ich fand Sie heute sehr aufgeregt und hektisch, sogar ein bisschen überaufgeregt.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Ja, sehr richtig!)

Deswegen sind Ihnen auch manche Dinge herausgeplatzt, die Sie normalerweise so nicht gesagt hätten. Das nehmen wir Ihnen nicht übel.

(Jörg Tauss [SPD]: Ein bisschen schon!)

Sie gestatten aber, dass ich genau das, was Sie angeht haben, auch tun möchte, nämlich den Zusammenhang zu dem herzustellen, über das wir heute diskutieren.

In der Tat: Durch die Globalisierung und das **Ende des Ost-West-Konflikts** wurde die Welt verändert. Das zwingt uns natürlich, auch die Weichen in der Entwicklungspolitik neu zu stellen. Das Ende des Ost-West-Konflikts war natürlich ein großer Segen – das ist akzeptiert –, aber es hat gerade in Entwicklungs- und Transformationsländern dramatische Entwicklungen ausgelöst, die neue Probleme bringen oder alte verschärfen. Wir sehen auf der einen Seite Länder mit Tendenzen zu Staatszerfall, zu Bürgerkriegen, zu politischen Wirren, zu Stagnation und Perspektivlosigkeit und auf der anderen Seite, nicht zuletzt durch die Erfolge der Entwicklungshilfe und der Entwicklungszusammenarbeit auch Deutsch-

lands, kleine und große Entwicklungsländer, die erstaunliche Fortschritte machen, die sogenannten Schwellenländer, die uns jetzt aber – so paradox das ist – neue Probleme bereiten, etwa die Verschärfung des Wettbewerbs um Rohstoffe, Märkte und Energiequellen. (C)

Besorgniserregend ist, dass die Kluft zwischen den erfolgreichen Industrie- und Schwellenländern einerseits und den erfolglosen Entwicklungsländern andererseits sowie die Kluft innerhalb dieser Länder wächst. So gibt es wirklich schreckliches **Elend** auf der einen Seite und märchenhaften **Reichtum** auf der anderen Seite. Daraus ergibt sich die Konsequenz, dass unsere Welt zunehmend aus dem Gleichgewicht gerät.

Globalisierung heißt in diesem Zusammenhang, dass wir als Deutsche und Europäer von den gewaltigen Umbrüchen auf diesen Kontinenten zunehmend unmittelbar und hautnah betroffen sind und auch stärker darauf reagieren müssen. Wirtschaftliche und ökologische Risiken, steigende Migration, wachsende soziale Spannungen bis hin zu unmittelbarer Bedrohung unserer Sicherheit, alles das erzwingt eine aktivere deutsche und europäische Politik auch gegenüber den Entwicklungsländern bis hin zu Friedenseinsätzen der Bundeswehr.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Sascha Raabe [SPD])

Die Entwicklungspolitik nimmt dabei eine Schlüsselrolle ein, und zu dieser Schlüsselrolle bekennen wir uns. Sie muss nämlich helfen, politische und wirtschaftliche Strukturen in den Entwicklungsländern zu verbessern. Sie muss Entwicklungsperspektiven für die Menschen eröffnen, Spannungen mildern und globale Gefahren dort abwehren, wo sie entstehen. Das ist die Aufgabe einer modernen Entwicklungspolitik. (D)

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Vor diesem Hintergrund hat die **internationale Gemeinschaft** auf guten Konferenzen eine ganze Reihe von guten **Beschlüssen** gefasst. Zu nennen sind die Millenniumserklärung, Monterrey, die Afrikainitiativen der G 8, der Johannesburggipfel, die Erklärung von Paris zur Verbesserung der Effizienz. Das alles war gut und richtig. Das alles war mit ein Ergebnis einer engagierten deutschen politischen Beteiligung. Aber von den Beschlüssen zur **Umsetzung** ist es noch ein weiter Weg. Gerade auch deswegen ruhen viele Hoffnungen auf uns, auf Deutschland, die wir heuer den G-8-Gipfel beherbergen und die EU-Ratspräsidentschaft innehaben.

Herr Königshaus, ich muss Ihnen übrigens eines sagen: Ihr plumper Trick, um die Koalitionspartner, die inzwischen in bewährter Weise zusammenarbeiten, auseinanderzuidividieren – das kennen wir von Juso- und JU-Zeiten –, wird hier nicht helfen. Sie werden sich an uns die Zähne ausbeißen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Eckart von Klæden [CDU/CSU]: Wir haben es durchschaut!)

– Ja.

Dr. Christian Ruck

- (A) Wahr ist – das können auch Sie nachlesen –: Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Entwicklungspolitik – das war auch schon Thema ihrer ersten Regierungserklärung; ich nenne in diesem Zusammenhang auch den gestrigen Unionskongress –

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Sehr richtig!
Ein guter Kongress!)

stärker als alle ihre Vorgänger zu einem Fokus ihres Regierungshandelns gemacht. Das sieht man auch am **Entwicklungshaushalt**, der in den letzten zwei Jahren um mehr als eine halbe Milliarde Euro gestiegen ist.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Weitere Steigerungen sind im Busch.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Auch in der Savanne!)

Daran haben auch Sie nichts zu mäkeln.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Gemeinsam haben wir erkämpft – daran sieht man, dass die Entwicklungspolitik ein viel stärkeres Gewicht erhalten hat –, dass ganz wichtige Themen unserer Tagesordnungen auch auf den Tagesordnungen der **Ratspräsidentschaft** und des **G-8-Gipfels** stehen. Es sind zentrale Elemente und Aspekte unserer Entwicklungspolitik. Zum einen geht es um eine bessere Arbeitsteilung und Koordinierung. Wir müssen in diesem Jahr einen entscheidenden Schritt – dies ist doch auch Ihr Anliegen – auf dem Weg zu einer transparenteren, effizienteren und schlüssigeren Aufgaben- und Arbeitsteilung, vor allem zwischen der EU und den Mitgliedstaaten, vorankommen.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Davon sind wir noch ein gutes Stück entfernt. Wir möchten Sie, Frau Ministerin, zu den Fortschritten, die sich abzeichnen, beglückwünschen, aber auch dazu ermutigen, diesen Kampf eisern fortzuführen. Unsere Rücken- deckung haben Sie.

Ein Beispiel – wir kennen es alle – ist doch, dass viele ärmere Entwicklungsländer mit schwachen Strukturen schon allein dadurch plattgemacht werden, dass 40 oder 50 Geberdelegationen kommen und sie fragen, was sie wollen. Da ist noch kein Spatenstich passiert, und die Länder sind – durch unsere Hilfe – schon am Ende.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Das muss sich ändern.

Wichtig ist auch, dass bei den **Handelsbeziehungen** zwischen Europa und den Entwicklungsländern Fortschritte erzielt werden. Das ist auch richtig gesagt worden. Dabei geht es nicht nur um Liberalisierung. Es geht darum, dass man durch Liberalisierung Wachstumseffekte erzeugt, die natürlich auch den Armen in den Entwicklungsländern zugutekommen müssen.

(Heike Hänsel [DIE LINKE]: Wie denn konkret?)

- Wenn Sie mir eine Zwischenfrage stellen, kann ich Ihnen das ausführlich erläutern. (C)

Richtig ist auch, dass **Klima- und Energiefragen** in den Fokus rücken. Zu Recht ist der Stern-Report erwähnt worden. Er macht uns in dramatischer Weise klar, dass wir uns auch auf diesem Gebiet stärker anstrengen müssen. Das gilt ebenso für die Entwicklungs- und die Schwellenländer.

Für uns ist auch der Dialog mit Afrika ganz wichtig. Afrika wird im Fokus von G 8 und EU stehen. Aber entscheidend ist, dass wir nicht nur über Finanzen sprechen und darüber, was wir für Afrika tun können, sondern dass wir die Afrikaner auch fragen: Was ist mit eurer Regierungsführung? Was ist mit euren Vorschlägen? Was sind eure Beiträge, um euren eigenen Kontinent besser in den Griff zu bekommen?

(Zuruf von der FDP: Das muss man dann aber auch tun!)

Natürlich dürfen wir gerade in Bezug auf Afrika nicht die Augen vor Fortschritten verschließen, vor Fortschritten bei Wachstumsraten, aber auch in Demokratiefragen. Viele von uns waren in Ghana. Ghana ist ein gutes Beispiel, aber es gibt auch andere gute Beispiele. Nach wie vor gilt das Wort des ehemaligen Weltbankvizepräsidenten Richard, der vor zwei Jahren im Ausschuss gesagt hat: Die **Armutsbekämpfung** in Afrika kommt deswegen nicht voran, weil es in Afrika die meisten Länder mit schlechter Regierungsführung gibt. – Ich glaube, dass wir auch dieses Thema zur Sprache bringen müssen und von den Afrikanern Lösungsvorschläge fordern müssen. (D)

(Beifall des Abg. Dr. Karl Addicks [FDP])

Das ist ein wichtiger Punkt; denn – auch das war Tenor unseres gestrigen Kongresses – die entscheidende Frage in der Entwicklungspolitik ist nicht so sehr das Geld, sondern die Frage: Gibt es entwicklungsorientierte Regierungen und Eliten, gibt es Good Governance in diesen Ländern? Und gibt es auch bei uns Good Governance, zum Beispiel in Handelsfragen und anderen Dingen?

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Margareta Wolf [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich glaube, dass wir auch uns als Industrieländer gerade mit Blick auf Afrika fragen müssen, wie wir die Wildwestmethoden bei der Ausbeutung von Rohstoffen in Afrika abstellen wollen, wie wir den Afrikanern dazu verhelfen können, dass sie den Reichtum, den sie im Boden haben, ordentlich und für ihre eigene Bevölkerung gewinnbringend abbauen können. Da spielen natürlich China und andere Schwellenländer – China ist ja nur der böse Vorzeigeknabe – eine wichtige Rolle. Man muss zwischen der berechtigten und der unberechtigten Kritik an diesen Ländern unterscheiden. Unberechtigt ist, ihnen vorzuwerfen, dass sie allmählich das machen, was wir schon immer gemacht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Christian Ruck

- (A) Berechtigt ist aber die Forderung, dass sie mit uns zusammen einen Verhaltenskodex entwickeln, der auch unseren entwicklungspolitischen Vorstellungen von Menschenwürde und Demokratie entspricht und nicht Good Governance und Bad Governance durcheinanderbringt, wie es bei den Chinesen der Fall ist. Das ist der Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Für mich – auch das möchte ich Ihnen sagen, Herr Königshaus – ist es die falsche Strategie, angesichts des Verhaltens der Chinesen beleidigt zu sein. Ich bin auch nicht für eine offene politische Kriegserklärung. Ich bin fest davon überzeugt – nach unserem gestrigen Kongress umso mehr –, dass wir mit einer intensiveren Zusammenarbeit und auch einem offenen Dialog eine gute Chance haben, Einfluss auf die Politik dieser Länder, sogar auf die Politik Chinas, zu nehmen.

Herr Königshaus, ich rate Ihnen, einmal eine nüchterne Analyse von dem zu erstellen, was wir bereits mit Kreditfinanzierung und anderen Maßnahmen auf den Weg gebracht haben.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege, darf ich Sie ebenfalls an Ihre Redezeit erinnern?

Dr. Christian Ruck (CDU/CSU):

Ich bedanke mich für den Hinweis, Frau Präsidentin. Ich befinde mich bereits im Sinkflug.

(Heiterkeit)

(B)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Es muss aber ein schneller Sinkflug sein.

(Heiterkeit)

Dr. Christian Ruck (CDU/CSU):

Jawohl. – Vor diesem Hintergrund wünsche ich unserer Kanzlerin und allen beteiligten Ministerinnen und Ministern eine glückliche Hand und viel Erfolg beim Bohren dicker Bretter. Denn eine solche Gelegenheit kommt so schnell nicht wieder. Ich wünsche viel Erfolg bei der EU-Ratspräsidentschaft und beim G-8-Gipfel.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Hüseyin Aydin, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Hüseyin-Kenan Aydin (DIE LINKE):

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unsoziale Politik der Bundesregierung ist unpopulär. Der Außenminister steht auf der Kippe. Da kommt die aktuelle G-8-Präsidentschaft gerade recht, um sich wenigstens auf internationalem Parkett als Speerspitze der Armutsbekämpfung darzustellen.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Das war ein toller Einstieg!) (C)

Auf dem G-8-Gipfel vor zwei Jahren wurde den 18 höchstverschuldeten Ländern ein Teilerlass ihrer Schulden versprochen. Geschehen ist aber so gut wie nichts. Nach Angaben der Weltbank flossen 2004 über 333 Mil-liarden US-Dollar an Kreditrückzahlungen aus dem Süden in den Norden. Das war mehr als viermal so viel wie die kombinierte Entwicklungshilfe aller Industriestaaten zusammen.

Ich betone: Die eigentlichen Kredite sind längst zurückgezahlt worden. Doch die armen Länder stöhnen weiter unter der Last der Zinsen. Bei Geld hört die Freundschaft auf. Ich sage Ihnen: Auch von Heiligendamm ist nichts zu erwarten.

(Zuruf von der SPD: Ach ja!)

Die sogenannte **Entschuldungsinitiative** der G 8 ist nichts als eine große Augenwischerei.

(Beifall bei der LINKEN)

Das erklärt, warum Deutschland effektiv weniger als je zuvor in die Entwicklungszusammenarbeit steckt.

Frau Merkel, ich muss heute in der Zeitung lesen, dass Sie darüber nachdenken, auch noch **Militäreinsätze** wie im Kongo aus dem Topf der Entwicklungshilfe zu zahlen. Während das Geld für Gesundheit und Bildung fehlt, erklären Sie dreist, Deutschland würde die Millenniumsziele erreichen. Der vorliegende Antrag der Regierungsparteien reiht sich nahtlos in diese Beschönigungspolitik ein. Sie wollen uns tatsächlich weismachen, dass die G 8 sich „zu einer wichtigen Institution des internationalen Entwicklungsdialogs entwickelt“ haben. (D)

(Jörg Tauss [SPD]: Das ist doch gut!)

Wie dieser Dialog aussah, ist hinlänglich bekannt: Die Staaten der G 8 dominieren die **multilateralen Finanzinstitutionen** IWF und Weltbank. Sie haben diesen Einfluss genutzt, um die armen Länder zu erpressen. Im Zuge der sogenannten Strukturanpassungsprogramme der 80er- und 90er-Jahre wurden afrikanische Staaten gezwungen, öffentliche Unternehmen zu privatisieren. Heute wird diese Politik unter dem zynischen Namen Armutsreduzierung fortgesetzt. Doch arm bleibt arm.

Davon konnte ich mir in der letzten Woche aus Anlass des Weltsozialforums in Kenia ein Bild machen. Mithilfe der korrupten Regierungen Moi und nun auch Kibaki konnte sich das internationale Kapital profitträchtige Unternehmen wie die staatliche Fluglinie unter den Nagel reißen. Die Kehrseite ist: Der Verkauf von staatlichen Betrieben hat in den letzten zehn Jahren 80 000 Arbeitsplätze gekostet. Die Armut nimmt zu; die Slums wachsen. Die Aidsraten steigen rapide in die Höhe. In einem Elendsviertel von Nairobi leben 500 000 Kinder zwischen sechs und 15 Jahren. Doch dort gibt es nur vier Schulen. UN-Generalsekretär Ban hat gestern diesen Slum besucht und seine Betroffenheit erklärt. Doch die Menschen brauchen keine Worte, sondern Taten.

(Beifall bei der LINKEN)

Hüseyin-Kenan Aydin

- (A) Außer Frage steht: Die deutsche Entwicklungshilfe leistet in Kenia gute Arbeit. Doch leider wird die engagierte Arbeit der Entwicklungshelfer durch die aggressive **Marktöffnungspolitik** der G 8 völlig konterkariert. Die Bundesregierung ist daran aktiv beteiligt. Derzeit wird aus Mitteln deutscher Entwicklungszusammenarbeit die Wasserversorgung in Kenia aufgebaut, um sie später an profitorientierte Unternehmen zu veräußern. Wozu das geführt hat, kann man sich im Nachbarland Tansania anschauen.

(Birgit Homburger [FDP]: Geht es nicht auch ein bisschen leiser?)

Die Regierungsparteien versprechen in ihrem Antrag neue Impulse für die Entwicklungspolitik. Doch all das, was sie uns vorsetzen, ist der gleiche alte neoliberale Quark. Die Linke sagt Nein zu einer Politik, die nur den Konzernen auf der Welt nutzt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Thilo Hoppe, Bündnis 90/Die Grünen.

Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe den Eindruck, in dieser Debatte sagt jeder das, was er schon immer einmal sagen wollte oder schon in anderen Debatten gesagt hat.

- (B) (Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das ist meistens so!)

Ich möchte mich jetzt stark auf die große Chance beziehen, die sich durch die Doppelpräsidentschaft in der G 8 und der EU bietet. Deutschland könnte und müsste neue Impulse setzen, und zwar nicht nur für die Entwicklungspolitik, auf die sich die Koalition in ihrem Antrag beschränkt, sondern auch für den Klimaschutz, die internationale Abrüstung, einen neuen Ordnungsrahmen und neue durchsetzungsfähige Spielregeln in der Globalisierung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Doch leider ist die Bundesregierung dabei, diese Chance zu vertun. In den Reden, die wir heute oder auch zum Beispiel gestern von der Bundeskanzlerin auf dem entwicklungspolitischen Kongress der CDU/CSU-Fraktion gehört haben, wurde zwar viel Richtiges gesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

– Das kann ich unterstreichen; da habe ich mich kaum an irgendwelchen Äußerungen stoßen können. – Aber Entwicklungsrhetorik allein reicht nicht. Den schönen Worten müssen auch Taten folgen.

(Dr. Christian Ruck [CDU/CSU]: Schauen Sie sich doch den Haushalt an! Was haben Sie denn in Ihren sieben Jahren gemacht?)

– Warten wir einmal den Haushalt ab. Sie verträsten uns schon seit Monaten.

- (Dr. Christian Ruck [CDU/CSU]: 16 Prozent Steigerung in zwei Jahren!) (C)

Sie haben die Debatte im Sommer verzögert, als es um die Einführung der Flugticket-Tax, um innovative Finanzierungsinstrumente ging. Da wurde immer wieder gesagt: Wir sind dabei; da ist etwas im Busche. – Wir haben nun lange darauf gewartet, dass der Vorhang gelichtet und präsentiert wird,

(Dr. Christian Ruck [CDU/CSU]: Eine Steigerung jagt die andere!)

welche innovativen Finanzierungsinstrumente, zum Beispiel die Tobin Tax, die Kerosinsteuer oder zumindest die Flugticketabgabe, Deutschland einführt. Aber nichts geschieht. Fehlanzeige! Entwicklungsrhetorik allein reicht nicht aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Gewisse Themen, die weltweit eine große Rolle spielen, kamen heute überhaupt nicht vor. Im Koalitionsantrag werden die G 8 gelobt und deren Wohltaten gepriesen. Aber die international intensiv geführte Debatte über die **Legitimität der G 8**, darüber, dass sie ihren Horizont eigentlich überschritten hat, wird überhaupt nicht aufgegriffen. Die in Heiligendamm versammelten Staatschefs repräsentieren gerade einmal 13 Prozent der Weltbevölkerung. Dieser Klub der Reichen maßt sich an, über die Zukunft der Welt zu entscheiden. Ohne die stärkere Einbeziehung der Schwellen- und Entwicklungsländer lässt sich mittlerweile keine der Zukunftsfragen befriedigend anpacken. (D)

Wir brauchen sehr dringend ernsthafte Anstöße für eine Debatte darüber, wie die G 8 transformiert werden kann. Im Grunde genommen muss diese Debatte dahin zielen, die Strukturen der Vereinten Nationen zu stärken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Dazu gibt es interessante Vorschläge, die noch überhaupt keine Rolle gespielt haben. Ein Panel, das noch Kofi Annan eingesetzt hat, hat konkrete Vorschläge auf den Tisch gelegt, wie der ECOSOC, der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, der zugegebenermaßen noch ein Schattendasein fristet, kräftig aufgewertet werden kann. Diese Governance-Debatte wollen wir führen. Sie steht auch im Zentrum unseres Antrags.

Man kann es natürlich auch so wie die Linke machen, die sagt: Die G 8 dürfte es eigentlich gar nicht geben.

(Heike Hänsel [DIE LINKE]: Genau!)

Deswegen setzen wir uns mit den Inhalten des G-8-Treffens gar nicht auseinander und richten keine Forderungen an die G 8. – Wir gehen den Weg, dass wir diese Governance-Debatte führen und die Legitimation der G 8 infrage stellen, uns aber auch zur real existierenden G 8 verhalten und sie mit unseren inhaltlichen Forderungen konfrontieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Thilo Hoppe

- (A) In diesem Zusammenhang ist die größte Herausforderung die **Klimakatastrophe**. Sie wird hauptsächlich von den Industrienationen verursacht, und die Ärmsten der Armen müssen sie ausbaden;

(Sibylle Pfeiffer [CDU/CSU]: Was ist mit China?)

auch das kam gestern auf dem Kongress der CDU/CSU-Fraktion auf den Tisch. Wenn es uns nicht gelingt, die Erderwärmung auf 2 Grad zu begrenzen – auch das enthält große Risiken –, dann wird es in Afrika – darüber haben gestern Wissenschaftler berichtet – Ernteausfälle von 25 bis 40 Prozent geben. Das hat dramatische Auswirkungen auf die Zahl der Hungernden.

Alle G-8-Staaten, auch die USA, müssen sich zu verbindlichen CO₂-Reduzierungszielen verpflichten. Wie kann Deutschland jedoch Impulse geben und eine Vorreiterrolle einnehmen, wenn es nicht einmal die Hausaufgaben im eigenen Land erledigt, wenn es sich eine peinliche Diskussion mit der EU-Kommission leistet, die Automobilindustrie in Schutz nimmt und keine verbindlichen Reduzierungsvorgaben macht?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Thema **Abrüstung**. Die G-8-Staaten sind für die weltweit höchsten Militärausgaben verantwortlich. Gibt es Impulse für eine neue Runde der Abrüstungspolitik? Fehlanzeige! Besonders beim gefährlichen Atomdeal zwischen den USA und Indien könnte Deutschland einiges aufhalten. Aber dieser Themenbereich wird völlig ausgeblendet.

- (B) Zum Thema **Finanzmärkte**. Hier haben die Risiken – auch durch die Hedgefonds und Private Equity Fonds – deutlich zugenommen. Die Forderung nach mehr Transparenz reicht hier nicht aus, vielmehr brauchen wir eine Debatte über internationale Standards in der Finanzkontrolle.

Auch zum Thema Austrocknung der Steueroasen finden wir im Antrag der Koalition nichts. Hier müssen die G 8 voranschreiten, sie müssen neue Impulse geben. Dass das nicht geschieht, liegt vielleicht daran, dass viele Nutznießer dieser Steueroasen in den G-8-Staaten zu finden sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zum Thema **Entwicklungspolitik**, das in der heutigen Debatte von den meisten Rednern in den Vordergrund gestellt worden ist. Entwicklungsrhetorik reicht nicht aus. Sie sprechen die notwendigen Reformen an; dabei kann ich Sie unterstützen. Sie sind notwendig und richtig. Wir brauchen bessere Regierungsführungen in den Entwicklungsländern, wir müssen Reforminitiativen wie die NEPAD-Initiative unterstützen. Darüber hinaus brauchen wir Reformen bei den Instrumenten unserer Entwicklungszusammenarbeit, und schließlich brauchen wir Reformen bei den Strukturen des Welthandels.

Dass Sie die Reformdebatte so stark in den Vordergrund stellen, erhärtet den Verdacht, dass Sie auf der finanziellen Ebene nichts zu bieten haben. Sie wollen davon ablenken, dass wir das 0,7-Prozent-Ziel bei der

Entwicklungshilfe nicht erreichen werden. Darüber hinaus haben Sie keinen Plan zur Erreichung des Millenniumsziels vorgelegt. Das muss aufgearbeitet werden, sonst steht Deutschland als Gastgeber mit leeren Händen da. (C)

Wir haben einen großen Forderungskatalog vorgelegt und konkrete Vorschläge unterbreitet. Dazu gehören unter anderem die Einbeziehung des Tropenwaldschutzes in das Kioto-plus-Abkommen, eine verschärfte Aufsicht über die internationalen Finanzmärkte, aber auch neue Anstöße in der internationalen Abrüstungspolitik und neue Finanzierungsinstrumente in der Entwicklungspolitik. Unsere umfassenden Forderungen haben wir vorgelegt. Ich kann Ihnen nur raten: Greifen Sie diese Vorschläge auf!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Walter Riester, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Walter Riester (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das G-8-Treffen soll unter dem Motto „Wachstum und Verantwortung“ stehen. Ich möchte den Begriff der Verantwortung auf uns beziehen und in den Mittelpunkt meiner wenigen Minuten Redezeit stellen. (D)

Kollege Hoppe, viele Ihrer angesprochenen Punkte unterstütze ich. Über vieles müssen wir wirklich eine Debatte führen. Ich begrüße es beispielsweise sehr, dass unser Vizekanzler bei der Eröffnung der Diskussion mit den EU-Arbeits- und Sozialministern die Frage der sozialen Verantwortung in Europa in den Vordergrund gestellt hat. Dort forderte er eine Besinnung der Europäischen Union auf ihre sozialen Werte. Um die Herzen der Menschen für die EU zu gewinnen, sei es auch entscheidend – sagte er weiter –, dass „Europa in seiner sozialen Dimension erkennbar ist“. Das ist ein wichtiger Punkt. Genauso wie Sie bin ich der Auffassung: Es darf nicht bei der Rhetorik bleiben.

Ich will einen kritischen Punkt ansprechen: Vor zehn Jahren wurde die revidierte **Europäische Sozialcharta** im Europarat beschlossen. 40 Länder haben zwischenzeitlich diese Sozialcharta gezeichnet. Nicht gezeichnet haben sie Kroatien, Mazedonien, die Schweiz, Liechtenstein – so weit, so schlecht – und Deutschland.

(Jörg Tauss [SPD]: Oh!)

Als Vertreter dieses Parlaments fällt mir langsam kein Argument mehr ein, wenn ich von Vertretern des Europarates gefragt werde, warum wir die Sozialcharta nicht einmal gezeichnet haben. Ich weiß es nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Walter Riester

- (A) Ich sage sehr deutlich: Wenn bis zum Ende der deutschen EU-Ratspräsidentschaft keine Entscheidung darüber fällt, werde ich eine parlamentarische Anfrage an die Regierung stellen. Auch das ist Verantwortung.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe mich außerordentlich über eine bemerkenswerte Rede gefreut, die unsere Bundeskanzlerin im November in Berlin zum Thema „Globalisierung fair gestalten“ gehalten hat. Sie hat gesagt, wie wichtig es ist, dass man auf die WTO wirklich bauen kann – ich zitiere sie –:

Die Welthandelsorganisation ist eine sehr mächtige Organisation. Deshalb finde ich, dass man gerade hier über ökologische und soziale Dinge sprechen muss. Die Welthandelsorganisation kennt als eine der wenigen multilateralen Organisationen richtige Sanktionsmechanismen, sodass die Einhaltung der Standards auch hinterher eingeklagt werden kann.

Ich war bei der Rede anwesend. Ich hatte überhaupt nicht den Eindruck, dass das Entwicklungs- oder Handelsrhetorik ist. Sie erschien mir sehr glaubwürdig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Trotzdem möchte ich auf Folgendes hinweisen: Vor 30 Jahren – jetzt greife ich noch weiter zurück – hat die OECD Leitsätze beschlossen – wir haben dazugehört –, nach denen **multinationale Unternehmen** an Menschenrechtsgesichtspunkten zu messen sind. Jedes Unterzeichnerland hat zu diesem Zweck eine nationale Kontaktstelle eingerichtet. In Deutschland ist sie beim Wirtschaftsministerium, im Bereich des Außenhandels, angesiedelt. Diese Stelle hat einen Arbeitskreis eingerichtet, dem Vertreter von sieben Ministerien, der Wirtschaftsverbände, der Gewerkschaften und der Nichtregierungsorganisationen angehören. Seit mehreren Jahren hört man aus diesem Bereich die Klage – ich nehme an, sie wird nicht nur mir gegenüber geäußert –, dass es nicht nur schleppend vorangeht, sondern ein hohes Maß an Intransparenz vorherrscht. Neun große Unternehmen stehen im Moment unter dem Vorwurf, **Menschenrechte** verletzt zu haben. Korruptionsvorwürfe sind ebenso im Spiel wie der Vorwurf von groben Arbeitsrechtsverletzungen. Hier geht es nicht um ein paar Mittelständler, sondern um große, namhafte Unternehmen.

An diesem Punkt komme ich zur Glaubwürdigkeit. Ich bin der Meinung, dass unsere Arbeit transparent sein muss und dass unsere Erklärungen von uns selbst in der Praxis konsequent umgesetzt werden müssen. Nur dann ist es glaubwürdig, wenn wir sagen, dass wir die Globalisierung sozial gestalten wollen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die Überarbeitung der **EU-Vergaberichtlinien** hinweisen. Damit werden wir demnächst konfrontiert sein. Die EU-Vergaberichtlinien sehen vor – und es wird Sie nicht überraschen, dass ich das für sehr gut halte –:

Die Auftraggeber können zusätzliche Bedingungen für die Ausführung des Auftrags vorschreiben, so-

fern diese mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar sind und in der Bekanntmachung ... oder in den Verdingungsunterlagen angegeben werden. Die Bedingungen für die Ausführung eines Auftrags können insbesondere soziale und umweltbezogene Aspekte betreffen. (C)

Ich nehme an, dass wir das wollen. Zwischen der Entwicklungsministerin, dem Umweltminister und dem Wirtschaftsminister gibt es aber eine heftige Auseinandersetzung, die ich kaum nachvollziehen kann. Ich kann dem Wirtschaftsministerium nur raten, einen Blick in die österreichischen oder in die französischen Ausschreibungsrichtlinien zu werfen, selbst wenn es ihm nicht um soziale Aspekte geht. Diese Länder wissen, wie sie ihre nationale Wirtschaft vor einem Unterbietungswettbewerb schützen, der mit unsoliden Methoden geführt wird. Demnächst werden wir vor diesem Problem stehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Kollege.

Walter Riester (SPD):

Das Signal ist angekommen. Ich kann meine Rede auch beenden.

Das war ein Beitrag zu der Frage, wie die Rhetorik mit der Praxis in Übereinstimmung gebracht werden kann. Lassen Sie uns gemeinsam dafür eintreten! (D)

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat die Kollegin Heike Hänsel, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN – Hellmut Königshaus [FDP]: Aber jetzt wieder Entwicklungspolitik!)

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Wieczorek-Zeul, Sie haben gesagt, Afrika sei das Topthema der Entwicklungspolitik. Ich bringe Ihnen eine Botschaft von vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen aus Afrika mit. Die zentrale Botschaft des Weltsozialforums, das letzte Woche in Kenia, Nairobi, mit mehr als 50 000 Teilnehmern stattgefunden hat, lautet: Die Handelspolitik der Europäischen Union bedroht die Existenzgrundlage vieler Menschen in den Ländern Afrikas. Im Mittelpunkt der Kritik dieser Gruppen stehen die Verhandlungen über die **Wirtschaftspartnerschaftsabkommen**, die sogenannten EPAs, die eine weitgehende Marktöffnung und Zollsenkungen in den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten vorsehen, und zwar vor allem in sensiblen Bereichen wie öffentlicher Beschaffung, Investitions-

Heike Hänsel

- (A) schutz und Wettbewerb. Bereits jetzt können viele Kleinbauern, Händler und vor allem Händlerinnen nicht mehr mit den hochsubventionierten Billigprodukten aus der EU auf ihren heimischen Märkten konkurrieren. In ganz Westafrika zum Beispiel bekommt man weit und breit nur europäisches Geflügel bzw. Hähnchenabfälle zu kaufen. Das, was wir an der chinesischen Regierung kritisieren, betreiben wir bereits seit Jahren auf diesem Kontinent. Dies würde durch die EPAs massiv verschärft.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb gab es zum Abschluss des Weltsozialforums eine große Demonstration, die mit den folgenden konkreten Forderungen zur Vertretung der Europäischen Kommission zog: Stopp der aktuellen EPA-Verhandlungen! Wir brauchen ein neues Verhandlungsmandat, das entwicklungspolitische statt handelspolitische Schwerpunkte setzt. Diese Verhandlungen müssen offen und transparent geführt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich fordere die Bundesregierung hiermit auf, sich im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft für einen Stopp der aktuellen EPA-Verhandlungen einzusetzen. Das wäre in meinen Augen der glaubwürdigste Beitrag zur Entwicklungspolitik. Dies ist in Ihrem Antrag allerdings überhaupt nicht zu finden.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Die Länder des Südens, unter anderem Afrikas, leiden nach wie vor unter der enormen Schuldenlast. Mein Kollege Hüseyin Aydin ist bereits darauf eingegangen. Die kenianische Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai kritisierte auf dem Weltsozialforum: Wir haben Entschuldung von den G-8-Staaten gefordert, bisher haben wir nur Mogelpackungen bekommen.

Deswegen fordern wir als Linksfraktion endlich umfassende und vor allem ernsthafte **Entschuldungsinitiativen**, die nicht an neoliberale Marktforderungen geknüpft sind, sondern an Strategien zur Armutsbekämpfung. Wir haben viele Vorschläge gemacht, unter anderem die Streichung illegitimer Schulden. Die haben Sie abgelehnt.

(Beifall bei der LINKEN)

Die **G-8-Staaten** – das stimmt, Herr Hoppe – repräsentieren gerade einmal 13 Prozent der Weltbevölkerung. Wir hinterfragen die demokratische Legitimation dieser Treffen. Da haben Sie Recht.

(Beifall bei der LINKEN)

Worin begründet sich eigentlich deren Legitimation? Durch militärische und wirtschaftliche Macht.

(Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE]: Geld!)

Sie marginalisieren die Vereinten Nationen. Deshalb fordern auch wir eine Umverlagerung der globalen Herausforderungen, zum Beispiel Entwicklungs-, Energie-, Ressourcen- und Abrüstungsfragen, zu den Vereinten Nationen.

(Beifall bei der LINKEN)

(C) Ich muss sagen, Herr Hoppe: Sie waren sieben Jahre lang an der Regierung beteiligt. Wir haben keinerlei Initiativen vonseiten der Grünen, vonseiten grüner Minister, die jetzt hier sitzen, bezüglich der Reform der G-8-Staaten und einer Abkehr von dieser dominanten, exklusiven Politik erlebt.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben – wie alle anderen – an den G-8-Gipfeln teilgenommen.

Wir glauben, dass eine andere Entwicklungspolitik möglich ist. Deshalb mobilisieren wir gemeinsam mit vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen gegen den G-8-Gipfel im Juni in Deutschland.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Anette Hübinger, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Anette Hübinger (CDU/CSU):

(D) Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Ministerin! „Die deutsche G-8- und EU-Präsidentschaft – neue Impulse für die Entwicklungspolitik“ – der Titel unseres Antrages macht deutlich, welche Bedeutung wir der deutschen G-8- und EU-Ratspräsidentschaft für die Entwicklungspolitik beimessen. Wir sehen in den Präsidentschaften die Möglichkeit, wichtige Impulse für die Entwicklungspolitik zu geben, die man mit Fug und Recht als Querschnittsaufgabe bezeichnen kann.

Unsere Welt befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Es gibt Entwicklungsländer, die sich dynamisch entwickeln und bemerkenswerte Wachstumspfade beschreiten. Andere Länder hingegen sind von Bürgerkrieg und Staatszerfall bedroht. Wir als CDU/CSU-Fraktion sehen uns aufgrund unserer abendländischen Kultur und aufgrund unserer christlichen Werte verpflichtet, Elend und Not zu lindern und die Menschen in den ärmsten Ländern zu befähigen, ihre eigenen Potenziale und Kapazitäten zu nutzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Verabschiedung der Millenniumsziele hat eine verstärkte Diskussion über die Wirksamkeit der eingesetzten Mittel ausgelöst. Unser ehrgeiziges Ziel, bis 2015 die Armut zu halbieren, wird wesentlich davon abhängen, wie wir die Entwicklungszusammenarbeit in Zukunft gestalten. Für die Erreichung der ODA-Quote werden wir weiterhin kämpfen. Das beweist nicht zuletzt die Erhöhung der im Haushalt bereitgestellten Mittel um 16 Prozent innerhalb von zwei Jahren – eine Erhöhung, wie wir sie seit Jahren nicht hatten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Anette Hübinger

- (A) Mit gleicher Vehemenz müssen wir den Wirkungsgrad der **europäischen Entwicklungszusammenarbeit** überprüfen. In diesem Zusammenhang möchte ich drei Bereiche ansprechen: Erstens. Wir begrüßen ausdrücklich, dass die deutsche Ratspräsidentschaft die Verbesserung der Arbeitsteilung auf europäischer Ebene zu einem Schwerpunkt erklärt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Denn die bestehende Fragmentierung beeinträchtigt die Wirksamkeit der europäischen Entwicklungszusammenarbeit. Wir müssen uns untereinander besser absprechen und zu einem pragmatischen Ansatz bei der Arbeits- und Lastenteilung kommen. Die EU sollte nicht als 28. Geber auftreten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das europäische Vergabeverfahren muss im Interesse der Entwicklungsländer entbürokratisiert und beschleunigt werden. Des Weiteren brauchen wir für multilaterale Investitionen bessere Monitoring- und Evaluierungsinstrumente.

In der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist man schon einen Schritt weiter. Mithilfe der EU-Battle-Groups ist die Fähigkeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu rascher Krisenreaktion deutlich verbessert worden. Um nachhaltig zu wirken, müssen diese Einsätze von entwicklungspolitischen Maßnahmen, die über die Zeit des Militäreinsatzes hinausgehen, begleitet werden. Denn erst die anschließende Entwicklungszusammenarbeit ermöglicht die weiterführende Stabilität und gibt den dort lebenden Menschen Zukunftsperspektiven.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird deutlich, dass eine moderne Entwicklungszusammenarbeit nur durch koordiniertes Miteinander funktioniert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

National wie auf europäischer Ebene ist eine ressortübergreifende Arbeit für den Erfolg von Entwicklungspolitik unerlässlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Zweitens. Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Ländern in Afrika, der Karibik und dem pazifischen Raum haben eine lange Tradition. Seit dem Loméabkommen von 1975 ist die Globalisierung in großen Schritten vorangegangen. Während der deutschen Ratspräsidentschaft wird es verschiedene Ministertreffen geben, um die 2008 in Kraft tretenden **Wirtschaftspartnerschaftsabkommen** zwischen den oben genannten Regionen und der EU erfolgreich zu beenden. Erstmals werden handels- und entwicklungspolitische Ansätze miteinander verknüpft, um dadurch eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern zu fördern. Denn die Abschottung der Märkte und die bisher gewährten Handelspräferenzen haben nicht zu den erhofften Entwicklungen in diesen Ländern geführt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C)

Vor dem Hintergrund des momentanen Stillstands der Doharunde gewinnt der erfolgreiche Abschluss der Verhandlungen zwischen der EU und den AKP-Staaten umso mehr an Bedeutung. Es wäre ein deutliches Signal an die Blockierer der Doharunde, wenn dennoch multilaterale Verträge im Interesse der Entwicklungsländer geschlossen werden könnten. Multilaterale Verträge sind besser überprüfbar und haben eine höhere Verlässlichkeit für die Akteure. Das ist besonders im Hinblick auf die Erhöhung von Investitionen der Privatwirtschaft in Entwicklungsländern wichtig.

Drittens. Im Umgang mit Rohstoffen und Ressourcen sind international gültige Standards heute unabdingbar. Die 2003 ins Leben gerufene EITI-Initiative – eine Initiative, die sich für mehr **Transparenz** im Umgang mit Rohstoffen einsetzt – versucht, die Korruption in Entwicklungsländern zu bekämpfen und **Good Governance** zu stärken. Wir beobachten, dass gerade rohstoffreiche Entwicklungsländer sehr korruptionsanfällig sind und so trotz guter Ausgangsbedingungen Entwicklung fast unmöglich ist. Für den Aufbau funktionierender Strukturen, die eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen, sind Rechtsstaatlichkeit und Demokratieverständnis Voraussetzungen. Das heißt auch, dass wir im Dialog mit unseren Partnerländern Missstände und Probleme offen ansprechen.

Die Folgen der Klimaveränderung sind eines der größten Probleme, das uns alle berührt. Der Vorschlag der Europäischen Kommission, den **Energieverbrauch** bis 2020 um 30 Prozent zu reduzieren, zeigt, dass wir unseren Beitrag leisten wollen. Wenn man jedoch berücksichtigt, dass der Anteil der Europäischen Union an den gesamten CO₂-Emissionen 15 Prozent beträgt – das heißt, 85 Prozent werden woanders emittiert –, brauchen wir eine verstärkte globale Verantwortung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(D)

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft steht vor großen Aufgaben. Die Rolle der Europäischen Union wird in Zukunft auch davon abhängen, wie wir es schaffen, die Herausforderungen in dieser Welt gemeinsam anzugehen. Gerade im Hinblick auf unseren Nachbarkontinent Afrika, auf dem der entwicklungspolitische Schwerpunkt dieser Ratspräsidentschaft liegt, stehen wir vor gewaltigen Anstrengungen. Nur, wenn wir diese Aufgabe gemeinsam in der EU und partnerschaftlich mit Afrika angehen, werden wir Erfolge erzielen.

Das afrikanische Sprichwort „Wenn du schnell vorwärtskommen willst, dann gehe alleine; wenn du weit gehen willst, dann gehe zusammen“ sollten wir beherzigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Modernisierung der Entwicklungspolitik ist ein wichtiger Weg, den wir gemeinsam mit unseren Partnern gehen wollen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

- (A) **Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**
Das Wort hat der Kollege Sascha Raabe, SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Sascha Raabe (SPD):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Am Anfang dieser Debatte haben einige Redner die Entwicklungszusammenarbeit der Koalition angegriffen. Diese Angriffe waren aus meiner Sicht nicht nur polemisch, sondern gehen auch an der Sache vorbei. Denn dass wir in der Koalition die rot-grüne Regierungspolitik in diesem Bereich fortsetzen,

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Was?)

ist doch nicht zu kritisieren, Herr Königshaus. Das steht schließlich in Kontinuität zu dem, was durch unsere Ministerin eingeleitet wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei der FDP)

– Darüber sollte man nicht lachen; das können Sie Fastnacht tun. Sie hätten etwas mehr nachdenken sollen. Wir verstehen Entwicklungszusammenarbeit nämlich nicht mehr nur als reine Projektarbeit, sondern wir setzen sie gemeinsam mit der Union in der Erkenntnis fort, dass wir einerseits Hilfe zur Selbsthilfe leisten und andererseits die notwendigen Rahmenbedingungen im Hinblick auf den Welthandel schaffen müssen. Das betrifft auch die Punkte, die Walter Riester genannt hat.

- (B) Das alles führen wir in einem modernen Verständnis von Entwicklungszusammenarbeit weiter. Deswegen schaufeln wir auch nicht einfach Geld nach **China**, wie Sie behauptet haben. Vielmehr verfolgen wir dort auch ein egoistisches Leitmotiv. Denn wenn wir dem Energiehunger dieser Nation, die zusammen mit Indien über 2 Milliarden Einwohner zählt – das ist ein Vielfaches der Einwohnerzahlen von Europa und den USA –, in der Form gerecht werden wollen, dass uns noch Luft zum Atmen bleibt, dann ist die Luft für uns genauso wichtig wie für die ärmsten Menschen in China und Indien. Deswegen werden wir diese Länder auch weiter motivieren, auf saubere Energien zu setzen. Das ist ebenso in unserem Interesse wie im Interesse der Armen dort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Hellmut Königshaus [FDP]: Das wollen wir ja auch! Aber nicht mit unserem Geld!)

Herr Hoppe, Sie haben einige Male versucht, einen ebenfalls wichtigen Teil unserer Politik zu kritisieren. Dabei geht es um die Frage, wie wir die **ODA-Quote** so steigern können, wie wir es vereinbart haben. Sie beklagen immer wieder, dass wir uns noch nicht auf eine Flugticketabgabe festgelegt haben. Wichtig ist aber, dass wir Geld zur Verfügung stellen.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: So ist es!)

Wir haben in den letzten beiden Haushalten je 300 Millionen Euro mehr für Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Als bei Rot-Grün!)

(C)

Das entspricht einem Plus von jeweils 8 Prozent pro Haushaltsjahr. Daran zeigt sich, dass wir auf einem guten Pfad sind. Es ist verständlich, dass Sie sich damit erkennbar schwertun, weil das keinen Angriffspunkt für Sie bietet.

Herr Aydin, zur ODA-Quote gehört auch in einem gewissen Maße der **Schuldenerlass**. Sie haben in Ihrer Rede gesagt, der Schuldenerlass habe nichts gebracht. Das ist sehr zynisch. Sagen Sie das den über 15 Millionen Kindern in Afrika, die wegen des Schuldenerlasses jetzt eine Grundschule besuchen können! Sagen Sie den Eltern, den Familien und den Menschen, denen wir dort geholfen haben, dass Ihrer Meinung nach der Schuldenerlass nichts gebracht hat!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Widerspruch des Abg. Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE])

Auch ich bin in den Elendsvierteln von Nairobi gewesen. Die Armut dort ist tatsächlich so, wie wir es uns in Deutschland nicht vorstellen können: keine Straßen, eine Abwasserrinne, wo es nach Kot und Urin riecht, kein Trinkwasser. Die Menschen dort leben wirklich im tiefsten Elend. Das macht betroffen.

Aber man darf die Erfolge deutscher **Entwicklungszusammenarbeit** auch nicht kleinreden. Wir haben dort Projekte, mit denen es zum Beispiel die KfW und die GTZ 18 000 Frauen pro Jahr ermöglichen, dass sie ihre Kinder für einen ganz geringen Betrag in einer Klinik gebären können, egal ob sie einen Kaiserschnitt benötigen oder was auch immer. Wir machen dort Familienplanung. Wir haben durch den Global Fund für Aids dort eine Krankenstation. Mir wurde gesagt, noch vor ein, zwei Jahren gab es Sammelplätze, von wo man die Toten, jeden Tag zehn bis 15, einfach weggeschafft hat. Das gibt es heute nicht mehr, auch dank deutscher Entwicklungszusammenarbeit.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Wir bauen auch soziale Sicherungssysteme im Gesundheitswesen bis in die Dörfer hinein auf.

Ich glaube, an der Stelle muss man auch unseren deutschen Entwicklungshelfern, sowohl den staatlichen als auch denen der Nichtregierungsorganisationen, einmal ein herzliches Dankeschön für ihr Engagement aussprechen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dann zum Punkt der **Wasserversorgung**, Herr Aydin: Unser Entwicklungsverständnis ist ein anderes als Ihres. Wir wollen nicht wie Sie immer nur Almosen und Geld geben, sondern wir wollen, dass sich die Menschen selbst helfen können.

(Beifall des Abg. Hellmut Königshaus [FDP])

Deswegen investieren wir auch in Infrastrukturmaßnahmen. Dazu gehört auch, dass wir die Wasserversorgung

Dr. Sascha Raabe

- (A) so aufbauen wollen, dass sich diese Systeme am Ende selbst tragen können, natürlich sozial gestaffelt, sodass sich auch die Ärmsten Wasser leisten können und die Reichen mehr bezahlen. Wie ist es denn im Augenblick? In vielen Bereichen gibt es gar keine Trinkwasserversorgung, sondern es kommen in vielen Vierteln private Händler mit völlig überzogenen Preisen und liefern teures Trinkwasser in schlechter Qualität. Deswegen ist es richtig, dass wir dort mit Krediten und finanzieller Zusammenarbeit dazu beitragen, dass eine sich selbst tragende Wasserversorgung aufgebaut wird.

Ihre Kritik daran, dass wir Kredite vergeben und nicht nur Geld schenken, trifft auch nicht das Selbstverständnis der Menschen in den Entwicklungsländern. Denn sie sind stolz. Deshalb werden wir auch weiter darauf achten, dass wir Kredite vergeben, die an Armutsbekämpfungsprogramme gebunden sind. Wir machen auch nicht nur blinden Schuldenerlass. Die Entwicklungsländer zahlen uns mit Stolz und erhobenem Haupt das Geld zurück. Das ist doch der richtige Weg. Herr Yunus hat nicht umsonst den Friedensnobelpreis für die Vergabe von Mikrokrediten bekommen. Denn er verschenkt auch nicht einfach das Geld an die Ärmsten, sondern er gibt ihnen die Möglichkeit einer Starthilfe, damit sie sich selbst mit kleinen Unternehmen in die Lage versetzen können –

(Abg. Heike Hänsel [DIE LINKE] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Ja, eine Zwischenfrage?

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

- (B) Nein, ich lasse keine Zwischenfrage mehr zu, weil Ihre Redezeit überschritten ist.

Dr. Sascha Raabe (SPD):

Dann lassen Sie mich noch einen Abschlusssatz sagen. Es ist wichtig, dass wir den Menschen nicht die Würde nehmen, denn die Menschen sind fleißig. Auch in Nairobi konnte ich mich davon überzeugen, wie fleißig die Ärmsten der Armen in den Slums sind, sie arbeiten, sie wollen von ihrer eigenen Hände Arbeit leben. Dazu wollen wir sie in die Lage versetzen. Da ist ein Kredit besser, als dauerhaft zu glauben, man könnte das Geld verschenken. Denn die Menschen wollen ihr Leben mit Würde selbst bestimmen. Dabei wollen wir ihnen helfen, und deshalb werden wir diese Politik fortführen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 16/4160, 15/5815, 16/3839 und 16/4151 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich sehe, das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

(C)

(D)